



## Inhaltsverzeichnis

### EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

10.07.2025	lokalkompass.de: Sind Castor-Gespräche schon vor dem Start gescheitert?	3
11.07.2025	Landshuter Zeitung: Kompensationszahlungen gefordert	5
11.07.2025	Bayerische Staatszeitung: Debatte um Uran aus Garching	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 lokalkompass.de

## Sind Castor-Gespräche schon vor dem Start gescheitert?

10. Juli 2025 22:09 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Mehrere Anti-Atomkraft-Organisationen kritisieren angesichts eines drohenden Castor-Marathons auf den Autobahnen von NRW die mangelnde Prüfung von Alternativen sowie die völlig unsachlichen gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Parteien. Die Kritik erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Bundestagsdebatte und den Verlautbarungen von Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Das zuständige Bundesamt BASE hat zudem noch für diesen Sommer die Transportgenehmigungen für die Castor-Transporte aus Jülich und Garching nach Ahaus angekündigt. Die Anti-Atomkraft-Initiativen kündigen deshalb neue Proteste an.

Aus Kreisen der NRW-Grünen verlautete zum Beispiel, dass NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) keine Möglichkeiten mehr sehe, die Castor-Transporte noch zu verhindern. Die NRW-Grünen weisen gleichzeitig der Bundes-SPD die Schuld zu und bezeichnen den Bundesumweltminister als „Castor-Carsten“. Die NRW-SPD schiebt hingegen Mona Neubaur und den Grünen die Schuld für die Castor-Transporte zu. In einem Schreiben an die Anti-Atomkraft-Initiativen verweist die Partei auf die primäre Zuständigkeit der NRW-Atomaufsicht. Die CDU hingegen versucht das brisante Thema ganz auszusitzen. Nur NRW-Innenminister Reul verdeutlichte den erheblichen Polizeibedarf für die zahlreichen Atommüll-Fahrten.

„Diese Spielchen sind absolut kontraproduktiv und werden der brisanten Thematik nicht gerecht“, kritisiert Janna Dujesiefken von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“. „Die Verantwortung für die 152 Jülicher Castoren ist auf verschiedenste Stellen wie die NRW-Atomaufsicht, aber auch das Bundesfinanz-, das Bundesforschungs- und das Bundesumweltministerium sowie das BASE verteilt – hier fehlt seit Jahren eine konsequente Zusammenarbeit, um die Verursacher des Atommülls in Jülich zu einem verantwortungsvollen Umgang zu drängen. Stattdessen konnte das staatliche Jülicher Atommüllunternehmen JEN jegliche Bemühungen für ein neues Zwischenlager in Jülich unterlaufen und den Abtransport des Atommülls vorantreiben.“

Solange das Bundesumweltministerium die noch ausstehende Transportgenehmigung bearbeitet, müssen sich die Verantwortlichen eiligst zusammensetzen und den sicheren Verbleib in Jülich bis zur Endlagerung organisieren sowie mögliche Castor-Transporte aus Garching verhindern. Das Ahauser Atommülllager entspricht nämlich nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik.

Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen erklärt: „Am Standort Lubmin ist ab

2036 ein Castor-Lager mit 2 Meter Stahl-Beton-Decke geplant. In Ahaus hingegen plant der staatliche Betreiber BGZ 2036 eine Neugenehmigung der bestehenden Halle mit circa 20 Zentimeter Deckenstärke. Da macht es uns fassungslos, wenn CDU und SPD in der Bundestagsdebatte am 26. Juni 2025 darauf verwiesen haben, dass die Ahaus-Transporte nun mal die angeblich günstigere Option seien!“ Kerstin Ciesla vom BUND NRW ergänzt: „Jegliche Transportrisiken von Unfällen über Drohnen bis Sabotage wurden von den Abgeordneten als übertrieben dargestellt. Diese riesigen und wiederholten Konvois lassen sich nicht verstecken. Und ständig wird auf den möglichen Transportstrecken im Ruhrgebiet über Absackungen oder wie jüngst Hitzeschäden berichtet.“

„Die Transportkosten und jährlichen Mietkosten in Ahaus werden den Neubau- und Betriebskosten in Jülich gegenübergestellt. Polizeikosten, etwaige Nachrüstungen oder ein Neubau in Ahaus ab 2036 bleiben dabei unberücksichtigt“, erklärt Marita Boslar vom Aktionsbündnis Stop Westcastor in Jülich.

Gemeinsam mit den anderen Initiativen kündigt sie an: „Am Tag nach Bekanntgabe der Transportgenehmigung demonstrieren wir um 18 Uhr in Jülich vor dem Forschungszentrum und vor dem Atommülllager in Ahaus! Und am 31. August findet um 14 Uhr ein neuerlicher Anti-Atom-Sonntagsspaziergang vor dem Atommüll-Lager in Ahaus statt.“

Unterdessen hat die Fraktion der Linken im Bundestag eine neue Kleine Anfrage zum Thema eingereicht: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1098836>

---

## Kompensationszahlungen gefordert

Bürgermeister der deutschen Zwischenlagerstandorte tagten in Geesthacht

**Niederaichbach/Eszenbach/Geesthacht.** (go) In Niederaichbach, und Eszenbach stellt sich die drängende Frage, wie Deutschland mit dem über Jahrzehnte angesammelten radioaktiven Abfall umgehen soll. Diese Herausforderung betrifft insbesondere Gemeinden, in denen Atomkraftwerke und Zwischenlager angesiedelt sind. Um diesen Fragen nachzugehen, haben sich Bürgermeister und Vertreter der 25 deutschen Kommunen mit Atommüll-Zwischenlagern in der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA) zusammengeschlossen. Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus, der seit 2018 Präsident der ASKETA ist, nahm zusammen mit Eszenbachs Bürgermeister Dieter Neubauer an der jährlichen Tagung teil, die im Informationszentrum des Kernkraftwerks Krümmel in Geesthacht stattfand.

Der Gastgeber des Treffens, Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze, machte deutlich, wie wichtig es ist, dass die Standortgemeinden ihre Positionen zu diesen wichtigen Zukunftsfragen klar kommunizieren. „Denn wir Standortgemeinden haben in der Vergangenheit bereits durch den Betrieb und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen

entscheidende gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen und werden diese auch in den nächsten Jahrzehnten übernehmen“, so Schulze. Im Laufe der Tagung kam es zu einem Austausch mit Vertretern der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Auch Bundespolitiker waren eingeladen, darunter Dr. Nina Scheer (SPD) und Dr. Ulrike Täck, energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. „Der Austausch war während der Tagung sehr konstruktiv. Frau Dr. Scheer hat beispielsweise angekündigt, dass sie für uns ein Treffen in Berlin auf bundespolitischer Ebene organisieren möchte. Das wäre sehr gut, denn die ASKETA-Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn die Bundespolitik handelt“, resümierte Schulze. Und das ist auch eine der Kernforderungen des Thesenpapiers, das die ASKETA nach vielen Gesprächen formuliert hat: „Politische Zusagen müssen eingelöst werden“.

Die ASKETA hat ein Thesenpapier verfasst, in dem sie Forderungen hinsichtlich der Endlagersuche, Kompensati-

onzahlungen für betroffene Gemeinden und Einhaltung politischer Zusagen formuliert. Bürgermeister Josef Klaus kommentierte, dass die Vorstellung, bis 2057 ein Endlager zu haben, unrealistisch sei und dass die Gemeinden Entschädigungen für die dadurch blockierten Flächen fordern.

Konkret fordern die ASKETA-Gemeinden eine jährlich verstetigte Zahlung an jede Standortkommune eines Zwischenlagers. Diese soll einen Sockelbetrag von zwei Millionen Euro pro Standort und Jahr, zusätzlich 10.000 Euro pro eingelagertem Castor-Behälter und Jahr sowie eine dynamische Anpassung dieser Beträge entsprechend dem jährlichen Preisindex beinhalten.

Die BGZ hat angekündigt, dass sie die Verlängerung erster Zwischenlagergenehmigungen, die 2034 auslaufen, beantragen wird.

Die ASKETA-Gemeinden betonen, dass Zwischenlager nicht zu Endlagern werden dürfen und fordern eine angemessene Kompensation für die langfristige Belastung, die sie im Interesse der Allgemeinheit tragen.

Wörter: 420  
Autor/-in: Bernhard Goth  
Seite: 12 bis 12  
Ressort: Landkreis Landshut  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 18.339 (gedruckt)<sup>1</sup>  
18.717 (verkauft)<sup>1</sup>  
19.582 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,05301 (in Mio)<sup>2</sup>

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

## DER TRANSPORT VON ATOMMÜLL AUS DEM FORSCHUNGSREAKTOR RÜCKT NÄHER

### Debatte um Uran aus Garching

Atomgegner warnen vor möglicherweise noch in diesem Jahr geplanten Atom-mülltransporten vom Forschungsreaktor FRM II Garching ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus. Im Vergleich zu Abfall aus kommerziellen Atomkraftwerken sei der Müll aus dem Forschungsreaktor Garching besonders problematisch, kritisieren das private Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. Der Transport über 700 Kilometer nach Ahaus berge große Gefahren.

Der FRM II, seit 2004 in Betrieb, gilt als bedeutende Neutronenquelle für Forschung und Industrie. Umstritten ist der Reaktor jedoch wegen seines Brennstoffs: Er nutzt zu über 93 Prozent hochangereichertes Uran, das laut Kritikern grundsätzlich atomwaffenfähig ist. Der Reaktor ist seit über fünf Jahren außer Betrieb – wegen Corona, technischer Probleme und laufender Reparaturen.

Ein Neustart wird 2025 nicht mehr erwartet.

Der Atom-müll enthält laut Betreiber noch rund 87 Prozent hochangereichertes Uran. Umweltaktivisten wie Hauke Doerk vom Umweltinstitut warnen, schon eine einzige Fuhre aus Garching könne theoretisch genug Uran enthalten, um eine Atombombe zu bauen. Die Betreiber widersprechen: Das Uran aus dem Brennelement „müsste erst durch Trennverfahren extrahiert werden“, sagt die FRM-II-Sprecherin Andrea Voit. Dazu seien spezielle Wiederaufarbeitungsanlagen nötig, von denen es nur eine Handvoll weltweit gebe.

Zwei Straßentransporte mit je einem Castorbehälter und insgesamt 70 Kilogramm Uran sind beantragt. Die Genehmigungen könnten laut Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Ent-

sorgung (BASE) ab dem vierten Quartal 2025 vorliegen. Ein genauer Termin steht noch aus. Die Atomgegner fordern stattdessen ein Zwischenlager direkt in Garching – um den gefährlichen Transport zu vermeiden und den Müll erst bei Verfügbarkeit eines Endlagers zu verlagern. Das allerdings war nie ernsthaft diskutiert worden.

Laut Voit befindet sich in Ahaus das zentrale Zwischenlager für Brennelemente aus anderen Forschungsreaktoren in Deutschland. Für den FRM II sei das seit dem Jahr 2000 vertraglich festgelegt. Wenn der Reaktor nun wieder anfährt, wird das zunächst weiter mit hochangereichertem Uran geschehen. Allerdings ist ein Brennstoff mit auf unter 20 Prozent angereichertem Uran in Arbeit. Vor Anfang der 2030er wird er voraussichtlich nicht einsatzbereit sein. > DPA

Wörter:	318	Jahrgang:	2025
Seite:	3	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Leben in Bayern	Auflage:	17.996 (gedruckt) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		16.132 (verkauft) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Wochenzeitung		17.056 (verbreitet) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Verlag Bayerische Staatszeitung, München

<sup>1</sup> Verlag 01/2025